

# Bausubstanz der IGS Linden ++ Pooling statt Poolmodell ++ Klassenassistenzmodell ++ fehlende WLAN-Anschlüsse an 28 Schulen

Am 28.8.2024 kam der Ausschuss für Schule und Bildung (ASchuBi) der LHH nach der Sommerpause wieder zusammen. Die Bürgerfragestunde drehte sich um die bröckelnde Bausubstanz der IGS Linden. Aktueller Anlass: Während der Sommerferien stürzte ein Teil des Schuldaches ein und nur aufgrund des zufällig „günstig“ gelegenen Zeitpunktes kam zum Glück kein Mensch zu Schaden. Verständlicherweise gibt es eine große Betroffenheit über die ständig schwebende Gefahr. Es herrscht eine Verunsicherung darüber, ob das Gebäude überhaupt noch für Schüler\*innen und Lehrkräfte sicher ist, während bei laufendem Unterricht ein großangelegter Umbau in heruntergekommener Bausubstanz stattfindet. Die Vorgeschichte dazu ist, dass mehrmals die Stabilität des Daches angezweifelt und auch gemeldet, vom kommunalen Baumanagement daraufhin überprüft und für sicher befunden wurde. Außerdem hätte in der Vergangenheit bei Instandsetzungen anders priorisiert werden müssen. Man fragt sich, welche Bauvorhaben dringlicher sein konnten als die Sanierung eines dann doch einsturzgefährdeten Daches? Verursacht von einem „unvorhersehbaren“ Wetterereignis anhaltenden Starkregens, hätte sich die Holzkonstruktion des Daches vollgesogen und wäre unter der außergewöhnlichen Belastung zusammengebrochen. Abgesehen davon, dass Starkregen spätestens seit letztem Herbst zum Dauer-Wetterereignis gehören, ist es schwer erträglich, die durch das kürzliche Ereignis bloss wirkenden Erläuterungen und Antworten der Schulträgerin, weitere Gefahren seien ausgeschlossen. Die Zweifel konnten nicht ausgeräumt werden. Zu den Ausführungen wird zudem von Ernst Barkhoff kritisch angemerkt, dass eine Baukostenentwicklung nicht seriös zu kalkulieren sei hinsichtlich der enormen Zeit von vierjähriger Vorplanung plus mindestens zwölf Jahre dauernder Umbaumaßnahme im Bestand. Zudem hätte das Gutachten über die Variante einer Westschnellwegüberbauung nicht gleichwertig vorgetragen werden können im Vergleich zu anderen Gutachten. Abgesehen von den konträren Positionen jeweiliger Akteure kann grundsätzlich festgestellt werden, dass vor allem ein schon lange festgestellter eklatanter Sanierungsstau verantwortlich ist für die seit Jahren angemahnte desaströse Gesamtsituation an der IGS Linden.

Von der Fachplanung Erziehungshilfen wurde die Evaluierung des seit 2021 ermöglichten Poolmodells vorgestellt. Neben dem Anspruch einer Schulbegleitung als Einzelfallhilfe nach § 35 SGB VIII können Eltern auch einer mit anderen Kindern geteilten Schulbegleitung zustimmen. Voraussetzung war, dass es eine Grundschule der LHH sein müsse und mindestens fünf Fälle pro Schule vorhanden seien. Interessenbekundungen gab es einige, aber letztlich konnte das Poolmodell nur in zwei GS umgesetzt werden: Otfried-Preußler-Schule und GS An der Feldbuschwende. Die Auswertung dieser Pilotjahre ergab folgenden Lern- und Erkenntnisgewinn:

- Das Poolmodell ist in der aktuellen Umsetzungspraxis teurer als die reguläre Einzelfallbetreuung.
- Geteilte Schulbegleitung erfordert hohe Koordination unterschiedlichster Schnittstellen.
- Pooling sollte umsetzbar sein, sobald teilbare Hilfen möglich sind.
- Attraktivität aus Trägerperspektive muss mitgedacht werden.
- Das Poolmodell kann nur ein Baustein im Rahmen einer Gesamtstrategie sein.



Susan Bartels de Pareja, Lehrkräftevertreterin im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover

Daraus folgt, dass die Hürden abgebaut, die Attraktivität für die Anbieter erhöht, eine gebündelte Koordination und Ressourcenverwaltung aufgebaut und feste Adressat\*innen bei freien Trägern und Schulen gebildet werden müssen. Ein Modernisierungsprojekt der LHH in mehreren Phasenabschnitten soll unter Berücksichtigung der SGB VIII Reform (ab 2028) geplant und umgesetzt werden, die eine Weiterentwicklung im Hinblick auf inklusive Jugendhilfe vorsieht. Jedoch wird ab diesem Schuljahr schon das bisherige Poolmodell ins Pooling über-

geleitet, d. h.: Jedes Angebot von gepoolter qualifizierter Assistenzleistung durch eine\*n Anbieter\*in, wird an allen Regelschulen der LHH und der Region Hannover ermöglicht, unabhängig davon, wie viele Fälle es an einer Schule sind. Da für ein optimales System die Ressourcen fehlen, „sollten (wir) die vorhandenen Ressourcen optimal nutzen“, fasste Ratsmitglied Monica Plate (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) die Situation zusammen.

Zu einer Prüfung nach rechtssicheren Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeiten für den Aufbau eines Klassenassistenzmodells für Schulen wird die Verwaltung der LHH in einem gemeinsamen Antrag von Bündnis '90/DIE GRÜNEN+VOLT+Piratenpartei, Lehrkräftevertretung, CDU und SPD beauftragt und einstimmig beschlossen. Es geht dabei nicht um pädagogische Assistenz, sondern um unterstützende Verwaltungsassistenz bei der Beantragung von Ressourcen z. B. BuT Mittel, Beteiligung an Projekten etc. für Schüler\*innen. Es hat sich gezeigt, dass nicht alle bereit gestellten Ressourcen der LHH abgerufen werden. Die Beantragung erfolgt individuell durch die Erziehungsberechtigten oder freiwillig helfenden Lehrkräften, die sich für die Unterstützung von Schüler\*innen einsetzen. Denn die bereitgestellten Ressourcen zu nutzen, ist dringend geboten. Aktuelle Studien belegen, dass aufgrund von Sprachbarrieren und/oder schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen, in denen Schüler\*innen z. T. aufwachsen, jedes vierte Kind am Ende der Grundschulzeit nicht über die erforderlichen Basiskompetenzen verfügt. Damit ist der erfolgreiche Übergang in die weiterführende Schule und der Eintritt ins Berufsleben gefährdet oder ganz verhindert. Was als individuelles Scheitern gedeutet wird, hat letztlich tiefere Wurzeln in dem Scheitern von gesamtgesellschaftlichen Sozialstrukturen, ein Umstand, der das Recht auf chancengleiche Bildung für alle Kinder missachtet und den sich Deutschland angesichts fehlender Fachkräfte auch wirtschaftlich gar nicht leisten kann.

WLAN-Anschlüsse fehlen immer noch an 28 (hauptsächlich Grund-)Schulen. Obwohl im Sommer 2023 in einer Aussprache mit dem ASchuBi ein deutlich schnellerer Zeitplan vom beauftragten Unternehmen 1&1 Versatel aus Düsseldorf versprochen wurde, konnte sich laut Bildungsdezernentin Eva Bender der Breitbandanschluss für die restlichen Schulen noch bis Februar 2025 hinziehen. Seit Jahren eines der Reizthemen im Schulausschuss. Mal schauen, ob es im Februar tatsächlich zu einem Abschluss in dieser bislang nicht endenden wollenden Angelegenheit kommen wird.